



JAHRESBERICHT 1994/95

**Verein der
Bayerischen
Chemischen
Industrie e.V.
VBCI**

**Verband der
Chemischen
Industrie e.V.
Landesverband
Bayern**

Am Anfang der Tarifrunde '95 waren durchaus Chancen existent, an die sicherlich als vernünftig und moderat zu bezeichnende Tarifrunde '94 anzuknüpfen - dies war aber leider nicht realisierbar, da bei Metall die Tarifaussensetzung eskalierte und unter dem Damoklesschwert des Arbeitskampfes ein Ergebnis erzielt wurde, das die Tarifrunde in einer nicht prognostizierbaren Größenordnung prägte. Ausgangssituation und Zielvorstellungen in der Metallrunde auf der Arbeitgeberseite unterscheiden sich vom Tarifergebnis ganz gravierend. Die Bewertung des Machbaren in einer Tarifrunde ist aber elementar für eine echte Kompromißfindung. Kritik erfolgte deswegen nicht nur im Metall-Arbeitgeber-Lager, sondern auch von den anderen Branchen, da der Abschluß in der Industrie, die die meisten Arbeitnehmer beschäftigt, alle nachfolgenden Verhandlungen maßgeblich beeinflusste und die Abschlußdaten nach oben drückte. Dies gilt auch für die chemische Industrie. Zwingendes Gebot für die Zukunft muß sein, auf die Folgen des globalen Wettbewerbs für die deutsche Industrie tarifrechtlich einzugehen und eine rationale, standortbezogene Tarifpolitik zu betreiben.

In der chemischen Industrie erfolgte der Pilotabschluß am 9.3.95 in Hessen, in Bayern einigte man sich am 13.3.95. Im Gesellschafts- und Tarifpolitischen Ausschuß unter Vorsitz von *Dr. H. Seidl* hat man sich vor dem Abschluß eingehend beraten und abgestimmt. Mit gestaffelten Pauschalen für 3 Entgeltgruppen für einen Monat, der 3,8%igen Anhebung für weitere 12 Monate, der erneuten Installation von reduzierten Einstellungsstarifsätzen, dem Appell zur Steigerung des Ausbildungsplatzangebots sowie der Vereinbarung eines „Runden Tisches für Arbeitsmarktfragen“ konnte der Tarifabschluß getätigt werden. Außerdem einigte man sich darauf, statt der bislang existenten Regional-Tarifverträge einen Bundestarifvertrag zur Gewährung einer Jahresleistung abzuschließen, der am 1.7.95 in Kraft tritt und eine Öffnungsklausel enthält. Dadurch wird den Betriebsparteien die Möglichkeit eingeräumt, bei tiefgreifenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit Zustimmung der Tarifvertragsparteien Ausnahmelösungen zu vereinbaren, die die Höhe oder den Auszahlungszeitpunkt der Jahresleistung für ein Kalenderjahr betreffen.

Mit dieser Öffnungsklausel haben die Tarifvertragsparteien in der Chemie einen weiteren Mosaikstein für eine zukunftsorientierte Gestaltung im Rahmen der Tarifautonomie gelegt. Eine Ausweitung der Flexibilisierung ist erreicht, zusammen mit den Arbeitszeit-Öffnungsklauseln ist der nächste Schritt in Richtung Reform des Flächentarifvertrags getan. Geboten ist eine betriebsnahe, flexible Tarifpolitik, bei der sich der Tarifvertrag verstärkt auf Rahmenbedingungen beschränkt und den Betriebsparteien unternehmensspezifische Regelungen ermöglicht. Die Ordnungsfunktion des Flächentarifvertrags muß aber auch aufrechterhalten bleiben. Dies alles ist erreichbar durch eine Kombination von befriedigenden Mindesttarifverträgen und einer größeren Gestaltungsfreiheit für die Betriebsparteien.

Trotz aller Kritik an der Tarifautonomie bleibt Sozialpartnerschaft das Zukunftsmodell, auch im Zeitalter der Globalisierung. In der Chemie wird dies auch in Zukunft nicht nur verbal betont, sondern praktiziert.

Zuversicht infolge des konjunkturellen Aufschwungs

Im Jahre 1994 entwickelte sich die Chemiekonjunktur günstiger als zunächst erwartet. Der im letzten Quartal 1993 sichtbar werdende Aufwärtstrend bei Produktion und Umsatz setzte sich kontinuierlich fort. Die bayerische chemische Industrie konnte 1994 den Umsatz um 11,8% auf 17,7 Mrd. DM erhöhen und übertraf damit den Durchschnitt in der Bundesrepublik (plus 7,3%). Überproportional zugenommen hat in Bayern und in der Bundesrepublik der Auslandsumsatz mit 13% bzw. 11%.

Die Produktion der bayerischen chemischen Industrie stieg 1994 um 8,1% gegenüber dem Vorjahr, in der Bundesrepublik um 6%. Nach den Rückschlägen im Jahre 1993 konnte die bayerische Pharmaindustrie ihre Produktion um 7% steigern, begünstigt vor allem durch die Nachfrage aus dem Ausland. Die in Bayern bedeutende Chemiefaserherstellung konnte die Produktion um über 7% erhöhen. Die Lage dieser Sparte ist jedoch aufgrund anhaltender Strukturprobleme nach wie vor durch einen ausgeprägten Beschäftigungsrückgang gekennzeichnet. Problematisch ist aufgrund der ungünstigeren Inlandskonjunktur die Entwicklung bei konsumnahen Produkten.

Die Zahl der Beschäftigten in der bayerischen chemischen Industrie ging 1994 um 4,2% auf 62.000 zurück, bundesweit um 6,2%. Zusammen mit den Maßnahmen zur Strukturverbesserung und Kostenreduzierung haben die Umsatzsteigerungen des letzten Jahres zu einer verbesserten Ertragslage in vielen Chemieunternehmen geführt. Die Nettoumsatzrendite erholte sich und lag im Durchschnitt ein Drittel höher als 1993. Vor dem Hintergrund der Ertragsrückgänge der vier Vorgängerjahre reichen diese erfreulichen Verbesserungen aber bei weitem nicht aus, um das Ertragsniveau aus der zweiten Hälfte der 80er Jahre wieder zu erreichen.

Für das laufende Jahr wird ein weiterer, allerdings abgeflachter Produktionsanstieg erwartet, der bei einer entsprechenden Preisentwicklung eine Umsatzstabilisierung nach sich ziehen sollte. Allerdings erschweren neuerliche Risikofaktoren wie Währungsabwertungen in wesentlichen Wettbewerbs- und Kundenländern und weitere Belastungen durch höhere Abgaben eine Prognose.

Der Landesverband Bayern des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie hat unter Vorsitz von *W. Sassenrath* verstärkt das Gespräch mit Gesundheitspolitikern, Kassen-, Ärzte- und Apothekerverbänden gesucht und die Vorstellungen und Ziele der bayerischen Pharmaindustrie transportiert.

Die Bezirksgruppe Bayern des Verbandes der Lackindustrie unter Vorsitz von *B. Fritzsche* setzte sich mit neuen Anforderungen insbesondere an mittelständische Unternehmen auseinander, so z. B. mit dem Thema Qualitätssicherung, das von einer Reihe von Firmen aktiv aufgegriffen wurde.

Eigenverantwortung statt Dirigismus

Die chemische Industrie Bayerns bekennt sich zum Leitbild Sustainable Development, d. h. zu einer zukunftsverträglichen und nachhaltigen Entwicklung. Dazu sind ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Ziele in Einklang zu bringen und gleichrangig nebeneinander zu realisieren. Das erfordert eine effiziente Zuweisung der Güter und Ressourcen, die Beachtung der Belastbarkeit der Öko-Systeme und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, dazu ein Höchstmaß an Chancengleichheit, Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit.

Auf die Unternehmen kommen neue Anforderungen für ein verantwortliches Handeln (Responsible Care) zu. Sicherheits-, Verbraucher- und Umweltschutz werden durch eine Beteiligung der Chemie-Unternehmen an der weltweiten von der Chemie für die Chemie entwickelten Responsible Care-Initiative eigenverantwortlich fortentwickelt und damit ständig verbessert. Die Beteiligung an diesem System, die zur Führung eines besonderen Logos berechtigt, bedeutet für die Firmen:

- Festlegung unternehmensinterner Leitlinien durch die Geschäftsleitung, auf denen dann das firmeneigene Programm „Verantwortliches Handeln“ aufbaut.
- Bestimmung der Prioritäten zur Umsetzung der Leitlinien unter Berücksichtigung firmenspezifischer Besonderheiten auf der Basis einer Bestandsaufnahme der Ist-Situation.
- Auflistung der Vorgaben zur Umsetzung der Leitlinien in verschiedenen Bereichen.
- Festlegung konkreter Maßnahmen zur Umsetzung der Vorgaben.
- Durchführung eines regelmäßigen Soll-/Ist-Vergleichs, um die Geeignetheit der getroffenen Maßnahmen zur Zielerreichung sicherzustellen bzw. um erforderlichenfalls korrigierend eingreifen zu können.

Über die Ziele, Maßnahmen und Ergebnisse ist ein offener Dialog mit der Bevölkerung zu führen. Dazu gehört auch ein freier Austausch von Erkenntnissen und Erfahrungen mit betroffenen und interessierten Kreisen.

Das System „Responsible Care“ enthält grundlegende Elemente eines Umwelt- und Sicherheitsmanagementsystems. Es geht konform mit den Wegen und Zielen der EU-Verordnung über die freiwillige Beteiligung gewerblicher Unternehmen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und für die Umweltbetriebsprüfung – kurz EU-Öko-Audit-Verordnung. Dadurch bietet das System eine Chance, sich aus den lähmenden Verkrustungen des bestehenden Ordnungsrechts im Umweltschutz zu lösen. Durch Mobilisierung der Kreativität und Stärkung der Eigenverantwortung der Industrie kann eine neue Beweglichkeit entstehen. Die Orientierung an den Prinzipien „Verantwortliches Handeln“ und „Nachhaltiges Wirtschaften“ werden die führende Position der chemischen Industrie in ökonomischer wie ökologischer Sicht festigen.

Ein effizienter Umweltschutz ohne Abstriche am heutigen Standard und seine Weiterentwicklung erfordern vermehrt die Kreativität der Unternehmen. Das auf umfassender Detailregelung aufbauende deutsche Ordnungsrecht stößt an Grenzen, wo Optimierungen im Sinne von Umweltschutz, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit gefordert sind. Um dieser Erkenntnis Rechnung zu tragen, setzt der *Arbeitskreis Umweltfragen* unter Leitung von Dr. H. Gruber verstärkt auf moderne Organisationskonzepte, um bisherige Normen zu substituieren. Daraus resultiert eine Vielzahl von Vorschlägen zur Deregulierung, darunter eine Bewertung von über 250 erfaßten Melde- und Dokumentationspflichten zu Sicherheit und Umweltschutz. Diese Vorstellungen wurden von der Politik positiv aufgenommen, bedürfen aber der Umsetzung.

Neben der weiteren Verbesserung der technischen Sicherheit – die chemische Industrie bekennt sich hierzu ausdrücklich und hat dies z. B. durch ihre Begleitung der TÜV-Studien zu MSR- und Blow-down-Techniken unter Beweis gestellt – bieten moderne Managementmethoden wichtige Ansatzpunkte im Gesamtkonzept. Nach intensiver Vorarbeit durch die *Arbeitsgruppe Mensch und Sicherheit* unter Leitung von Dr. H. Seidl hat der Verband den Mitgliedsfirmen Organisationskonzepte zur Verbesserung der Sicherheit in einer Informationsveranstaltung vorgestellt und Unterstützung bei der Durchführung angeboten.

Wo Energie, insbesondere Strom in der chemischen Industrie Rohstoff ist, sind bestenfalls noch marginale Einsparpotentiale zu realisieren. Deshalb könnte eine Energiesteuer, wie sie nach Wegfall des Kohlepfennigs oder zur Erreichung von CO₂-Minderungszielen vermehrt gefordert wird, keine Lenkungswirkung mehr entfalten – sie wäre im Zusammenhang mit einer Standortbewertung katastrophal. Der *Arbeitskreis Energiepolitik* unter Leitung von Dr. A. Thalhofer erörterte diese Zusammenhänge und brachte sie in die politische Diskussion ein.

Naturstoffe spielen in der Rohstoffversorgung der chemischen Industrie eine bedeutende Rolle. Die öffentliche Diskussion zu verfolgen, mitzugestalten und die fachliche Kompetenz im Verband zu bewahren, ist Aufgabe des *Arbeitskreises Nachwachsende Rohstoffe* unter Leitung von Dr. H. G. Smolka.

Um die Ziele und Vorstellungen der Branche im gesellschaftlichen Umfeld zu kommunizieren, führte der *Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit* unter Leitung von Dr. J. Kammer Gespräche mit Meinungsmultiplikatoren; seine Dialoggruppe besuchte Zeitungsredaktionen und informierte sich über innovative und nachahmenswerte Projekte auch außerhalb der eigenen Branche.

Daraus resultierende Erkenntnisse wurden für den Kreis der *PR-Beauftragten* aufbereitet, um die Rolle der Chemie als zentrale Schlüsselindustrie nach außen zu verdeutlichen.

Der Erfahrungsaustausch über die Möglichkeiten des Kunststoff-Recyclings, auch unter dem Gesichtspunkt eines nachhaltigen Wirtschaftens, und das Bündeln von Fachwissen ist Aufgabe des *Arbeitskreises Kunststoff-Recycling*, bis Dezember 1994 unter Leitung von Dr. H. Stach, ab April 1995 unter Dr. W. Frey.

Innovationsoffensive und Standortsicherung

Die chemische Industrie ist auf einer speziellen Wissenschaftsdisziplin, eben der Chemie, begründet. Ihre Leistungsfähigkeit hängt seit jeher von Qualität und Aktualität der eigenen Forschung sowie vom Wissenstransfer von den Hochschulen ab. Viele Unternehmen der bayerischen chemischen Industrie blicken in diesem Sinne auf eine lange und erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Universitäten zurück. Bestehende Verbindungen sollten intensiviert, aber auch neue Kontakte geschaffen werden – deswegen haben die Bayerischen Chemieverbände zur ersten Know-how-Börse im Freistaat mit dem Titel „Forscherwissen für die chemische Industrie“ eingeladen. 600 Gäste folgten der Einladung, 200 davon aus der chemischen Industrie. 75 Universitätsinstitute präsentierten ihre Forschungsbereiche und boten Möglichkeiten zur Zusammenarbeit an, auch durch die Nutzung des modernsten Equipments der Institute. Die Beteiligten äußerten sich einhellig sehr zufrieden mit den Ergebnissen der Veranstaltung. Es konnten für anstehende Problemlösungen geeignete Kontakte geknüpft, zum Teil bereits Vereinbarungen getroffen werden.

Eine erfolgreiche und zukunftsweisende Kooperation zwischen bayerischen Universitäten und Chemieunternehmen ist im Forschungsverbund Katalyse (FORKAT) verwirklicht. Dort arbeiten Forschungsgruppen unter Leitung von Industrie- und Hochschulchemikern engagiert zusammen an grundlegenden und anwendungstechnischen Fragestellungen der chemischen Katalyse.

Innovationen sind auf allen wirtschaftlich-technischen Gebieten in der Regel das wirkungsvollste Instrument, um den ökologischen, ökonomischen sowie gesellschaftlichen Vorstellungen und Zielsetzungen gerecht zu werden und die Idee eines nachhaltigen Wirtschaftens umzusetzen. Doch darf bei der Projektion auf Innovationen nicht vergessen werden, daß ein Chemiewerk eine bestens ausgebildete, erfahrene Belegschaft haben muß, die mit ausgereifter Logistik meist komplexe Produktionsverfahren zu beherrschen und gleichzeitig die umfangreichen Umweltschutzauflagen zu beachten hat. Die Energieversorgung ist zu gewährleisten, die Verbundproduktion hat zu funktionieren, die Verwertung sowie Reststoffnutzung ist sicherzustellen.

Diese notwendige Infrastruktur ist für den Bestand eines Werkes unverzichtbar, verursacht aber auch entsprechende Kosten. Eine Finanzierung ist aber nur möglich, wenn auch Basisproduktionen ihren Platz haben, deren Wirtschaftlichkeit gewährleistet ist und die einen maßgeblichen Deckungsbeitrag liefern können. High Tech wird es deswegen auch in Zukunft nur dort geben, wo gleichzeitig Basisproduktionen ihre betriebswirtschaftliche Existenzberechtigung haben. Dies ist aber nur dann gegeben, wenn die Rahmenbedingungen des Standorts stimmen.

Zur weiteren Sicherung des Chemiestandortes Bayern hat der Vorstand unter Vorsitz von *Dr. W. Simson* in vielfältigen Kontakten mit Vertretern der Staatsregierung, des Parlaments und der Verwaltung Fehlentwicklungen deutlich gemacht und notwendige Korrekturen vorgeschlagen.

Die nach wie vor hohe Arbeitslosenzahl ist sowohl in gesellschaftspolitischer wie auch in finanzieller Hinsicht ein brisantes Problem. Die Bundesregierung hat zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen ein Programm mit einem Volumen von 3 Mrd. DM aufgelegt – reduzierte Einstiegstarife für diesen Personenkreis als Stimulans für Beschäftigung wurden auch im Rahmen der Chemie-Tarifrunde 95 Bestandteil der Vereinbarungen.

In den letzten Wochen kristallisierte sich die Ausbildungsplatzsituation als aktuelles sozialpolitisches Diskussionsthema heraus. Die deutsche Wirtschaft hat sich am 15.03.1995 gegenüber Bundeskanzler Kohl verpflichtet, innerhalb von 2 Jahren das Ausbildungsplatzangebot um 10% zu steigern. Schon längere Zeit ist dieses Thema innerhalb der Chemie-Tarifvertragsparteien ausführlich diskutiert worden und hat Eingang gefunden in die Tarifabschlüsse 95. Die bayerischen Chemie-Arbeitgeber erwarten eine wesentliche Ausweitung des Ausbildungsplatzangebots gegenüber 1994. Ferner wurde im Freistaat ein sogenannter „Runder Tisch für Arbeitsmarktfragen“ gebildet, der paritätisch von den Tarifvertragsparteien besetzt ist und sich in seiner ersten Sitzung über die Azubi-Situation und die sich diesbezüglich anbietenden Aktivitäten abstimmte. Einem drohenden Facharbeitermangel muß rechtzeitig vorgebeugt werden. Der Grundsatz „Ausbildung geht vor Übernahme“ muß allerdings immer im Vordergrund stehen.

Die veränderten Arbeits- und Organisationsstrukturen in den Betrieben bringen einen erheblichen Wandel auch im Aufgabenbereich des Meisters mit sich. Dem fragen die Meistertreffen vermehrt Rechnung, indem sie aktuelles Wissen vermitteln und Zusammenhänge aufzeigen – damit wird die Kompetenz der Meister gestärkt.

Nachhaltiges Interesse finden auch die Seminare für betriebliche Führungskräfte, bei denen die wichtigsten arbeitsrechtlichen Bestimmungen ebenso behandelt werden wie Veränderungen im Wertekodex der Mitarbeiter und das Führungsverhalten bei der Einführung von Qualitätssicherungssystemen.

Der Arbeitskreis Berufsausbildung unter Vorsitz von Dr. H. Hartung befaßt sich im Rahmen der naturgemäß vorgegebenen Themen der Aus- und Weiterbildung intensiv mit dem besonderen Problem der Nachfrage nach Produktionsberufen (z. B. Chemikant, Kunststoff-Formgeber), die trotz insgesamt steigender Tendenz unverändert rückläufig ist. So standen z. B. im März 95 bundesweit bei den Chemie-Arbeitern 3.666 den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen nur 931 gemeldete Bewerber gegenüber, so daß auf 100 Bewerber 394 Stellen kamen. Offensichtlich ist diese Relation maßgeblich durch die Situation bei den Chemikanten beeinflusst. Umgekehrt standen bei den Chemielaboranten 1.264 gemeldeten Stellen 2.335 Bewerber gegenüber.

Entscheidend ist und bleibt als Zielvorgabe, daß in der Chemie, in der Wirtschaft insgesamt soviel wie irgend möglich ausgebildet wird. Im „Bundesgebiet West“ liegt die Zahl der gemeldeten Bewerber in der gesamten Wirtschaft gegenwärtig um 5% über dem Vorjahreswert, die Stellenzahl ging dagegen um 12% zurück. Die chemische Industrie wird ihren Anteil zur unbedingt notwendigen Trendumkehr leisten – und zwar schon im laufenden Jahr 1995.

Arbeitsrechtsgesetzgebung

Das Berichtsjahr 94/95 wird geprägt durch das Inkrafttreten grundsätzlicher Neuregelungen von weiten Bereichen des Arbeits- und Sozialrechts.

Das am 01.06.1994 in Kraft getretene Entgeltfortzahlungsgesetz (EFZG) beseitigte die bisherige Regelung in verschiedenen Gesetzen und stellt das Recht für alle Arbeitnehmer – Arbeiter, Angestellte und die zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten – auf eine einheitliche Basis. Die Vorschriften des EFZG gelten nun auch für geringfügig und kurzfristig Beschäftigte. Modifiziert wurden u. a. die Anzeige- und Nachweispflichten – auch bei Arbeitsunfähigkeit im Ausland.

Über die Regelungen des EFZG hinaus sind durch Art. 4 des Pflege-Versicherungsgesetzes schärfer gefaßte Bestimmungen über die Begutachtung und Beratung durch den medizinischen Dienst der Krankenversicherung, insbesondere bei Zweifeln an der Arbeitsunfähigkeit, eingeführt worden, die erst am 01.01.1995 in Kraft traten. Die stichprobenartige und zeitnahe Überprüfung von einer attestierten Arbeitsunfähigkeit ist gekoppelt mit einer Schadenersatzpflicht des Arztes im Falle einer zu Unrecht ausgestellten Bescheinigung. Dies alles sollte zu einer Reduzierung des Mißbrauchs von Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall führen.

Mit dem ab 01.07.1994 geltenden Arbeitszeitgesetz, dessen einheitliche Regelung des öffentlich-rechtlichen Gesamtkomplexes positiv zu bewerten ist, erkennt auch der Gesetzgeber die Erforderlichkeit der Verbesserung von Rahmenbedingungen für flexiblere Arbeitszeiten an. Der Notwendigkeit, in der chemischen Industrie Vollkonti-Betrieb zu fahren, ist genauso Rechnung getragen worden wie der Interdependenz von Sonn- und Feiertagsarbeit, internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungssicherung.

Die mit Einführung der Pflegeversicherung ab 01.01.1995 notwendig gewordene Kompensation der Belastung für die Arbeitgeberseite ist mit der Herabstufung des Buß- und Bettages zu einem geschützten Feiertag nicht zur Gänze erreicht worden. Mit aller Macht muß versucht werden, wenigstens für die am 01.07.1996 in Kraft tretende Beitragserhöhung eine eindeutige Entlastung durch den Gesetzgeber zu erzielen. Die Entscheidung darf von seiten der Politik auf keinen Fall auf die Tarifvertragsparteien verlagert werden – die Politik ist hier im Obligo.

Auf europäischer Ebene ist die „Richtlinie zur Errichtung eines europäischen Betriebsrates“ verabschiedet worden, die bis 22.09.1996 in nationales Recht umzusetzen ist. Vorher abgeschlossene freiwillige Vereinbarungen haben auch nach Inkrafttreten der Richtlinie Bestandschutz und sind gegebenenfalls das Instrumentarium, ein Mitwirkungsmodell zu entwickeln, das auf die Besonderheiten des Einzelfalles zugeschnitten ist.

Der Sozial- und Personalpolitische Ausschuß unter Vorsitz von *B. Gerstenberg* befaßte sich intensiv und praxisorientiert mit allen tarifpolitischen Fragen, mit der aktuellen Rechtsprechung sowie den neuen Gesetzen und ihren Auswirkungen auf die Unternehmen. Im ca. 2-Monats-Rhythmus erfolgt ein umfassender, offener und vertrauensvoller Erfahrungsaustausch.

Ehrenmitglieder (VBCI und LV-VCI)

Dr. Walter Gammert, Erlenbach/M.
Ekkehard Maurer, Irschenhausen
Dr. Karl Wamsler, Pöcking

Vorstand (VBCI und LV-VCI)

Dr. Wilhelm Simson, Trostberg (Vorsitzender)

Dr. Helmut Gruber, Burgkirchen	Dr. Hans Seidl, Pullach
Dr. Hans Georg Haas, Wolfratshausen	Dr. Hans Stach, München (bis Dez. 94)
Dr. Jürgen F. Kammer, München	Dipl.-Ing. Johannes Uiterwaal, Obernburg
Senator h.c. Günther Klinge, München	
Dipl.-Kfm. Heiner Ringer, Kirchheim	

Gesellschafts- und Tarifpolitischer Ausschuß (VBCI)

Dr. Wilhelm Simson, Trostberg (Vorsitzender bis Mai 94)
Dr. Hans Seidl, Pullach (Vorsitzender ab Juni 94)

Dr. Heinz Artus, Bobingen	Dr. Kurt Kurre, Töging
Dipl.-Ing. Horst Göbel, Neustadt	Dr. Heinzhorst Möbius, Kelheim (bis Dez. 93)
Dipl.-Ing. Manfred Hillenbrand, Hallstadt	Dr. Walter Schellenberg, München
Wil Ernst Huth, Starnberg	Dr. Albert Thalhofer, Gersthofen
Gerd Keller, Burghausen	Dipl.-Wirtsch.-Ing. Fritz Wax, Poing

Beirat (LV-VCI)

Dr. Heinz Artus, Bobingen	Dr. Germán Paul, München
Dipl.-Vw. Holger Böhme, Geretsried	Dr. Erich-Dieter Schneider, Nürnberg
Prof. Dr. Herwig Brunner, Penzberg (bis Febr. 94)	Harald Seeberg, München
Dr. Fritz Hartl, München	Dr. Heinz-Gerd Smolka, Illertissen
Prof. Dr. Johannes Kohl, München	Dr. Günter Syrbe, Burghausen
Dr. Klaus von Lindeiner, München	Dr. Albert Thalhofer, Gersthofen
Franz Miller, Augsburg	Dr. Eberhard Wachsen, Regensburg
Dr. Heinzhorst Möbius, Kelheim	Kathrin Zelle-Hahne, Feldkirchen

Wirtschaftspolitischer Ausschuß (VBCI)

Dr. Dietrich Buntrock, München	George A. Rommelspacher, München (bis März 94)
Dipl.-Ing. Rolf J. Dürschmidt, Regensburg	Dr. Michael Rosenthal, München
Dr. Peter Ehrentraut, Neu-Ulm	Wolfgang Schumann, Geretsried
Dr. Hans Essler, München	Dr. Eberhard Wachsen, Regensburg
Horst Gehrcke, Ingolstadt	Dipl.-Kfm. Hans-Jürgen Zippel, München
Dipl.-Ing. Hans Heß, Nürnberg	
Dipl.-Kfm. Dieter Poech, Trostberg	

Sozial- und Personalpolitischer Ausschuß (VBCI)

Bernhard Gerstenberg, München (Vorsitzender)

Alfred Bach, München (bis Nov. 94)

Dipl.-Ing. Günter Bechberger,
Burghausen

Dipl.-Kfm. Günter Blust, Kirchheim

Dipl.-Kfm. Wolfgang Brunier, Neustadt

Dipl.-Kfm. Anton Graf Esterházy,
München

Hubert Friedmann, Penzberg

RA Gerhard Grassl, München

Dipl.-Vw. Stefan Holzamer, Gersthofen

Dr. Lisa Janzen, Hallstadt (bis Juni 94)

Assessor Hermann Kahlich, München

Dipl.-Vw. Manfred Klein, Nürnberg

Gabriele Kutz-Wenzel, Pullach

Assessor Hermann Ostertag,
Obernburg (bis Sept. 94)

Mario Ott, Ingolstadt

Hans Plontkowski, Schwandorf (bis März 94)

Dipl.-Bw. Meinolf Pousset, Trostberg

RA Dr. Gerhard Schäfer, Kelheim (bis Dez. 93)

Dr. Jürgen Schneider, Nürnberg

Assessor Hans-Joachim Schrick,
Höllriegelskreuth (bis März 95)

Dr. Karlheinz Schüssler, München

Dr. Erich Schuierer, Burgkirchen

Walter Staudinger, Töging (bis Juni 94)

Lutz Steinmetz, Neu-Ulm

Assessor Friedrich A. Stöhr,
Bobingen

Dipl.-Bw. Hermann Straßer,
Burghausen

RA Jörg von Uckermann,
Wolfratshausen

Jürgen Uhrhan, Burghausen

Ältestenrat (VBCI) Ekkehard Maurer, Icking (Vorsitzender)

Dr. Hans Baur, München

Carl Hans Dürschmidt, Kitzbühel

Dr. Friedhelm Finke, Icking

Dipl.-Ing. Wolf Dietrich Frowein,
Rosenheim

Dr. Walter Gammert, Erlenbach

Dr. Carl Ernst Hofstadt, Höllriegelskreuth

Dr. Werner Kalb, München

Dr. Emil Kinzinger, Neusäß

Dr. Friedrich Lambert, Obernburg
(ab Juni 94)

Dipl.-Kfm. Rudolf Ribka, Obernburg

Dr. Walter Ringer, Lenggries

Dr. Oskar Roscher, Burghausen

Dipl.-Kfm. Rudolf Schleicher, Icking

Dr.-Ing. Heinrich Schubert, Augsburg

Dr. Karl Wamsler, Pöcking

Dr. Günter Weiland, München

Arbeitskreise / Vorsitz

Berufsausbildung (VBCI) Dr. Herbert Hartung, Burgkirchen

Umweltfragen (LV-VCI) Dr. Helmut Gruber, Burgkirchen

Energiepolitik (LV-VCI) Dr. Albert Thalhofer, Gersthofen

Öffentlichkeitsarbeit (LV-VCI) Dr. Friedrich Lambert, Obernburg (bis Mai 94)
Dr. Jürgen F. Kammer, München (ab Juni 94)

Kunststoff-Recycling (LV-VCI) Dr. Hans Stach, München (bis Dez. 94)
Dr. Werner Frey, Ismaning (ab März 95)

Nachwachsende Rohstoffe (LV-VCI) Dr. Heinz-Gerd Smolka, Illertissen

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Landesverband Bayern

Vorsitz: Dr. Hans Georg Haas, Wolfratshausen (bis Dez. 93)

Werner Sassenrath, Oberschleißheim (ab Febr. 94)

Verband der Lackindustrie e.V., Bezirksgruppe Bayern

Vorsitz: Kathrin Zelle-Hahne, Feldkirchen (bis Nov. 93)

Berndt Fritzsche, Landshut (ab Dez. 93)

Geschäftsführung (VBCI und LV-VCI)

Hauptgeschäftsführer: Dr. jur. Peter Umfug

Geschäftsführer (VBCI):

Assessor Helmut Köhnlein

Franz Xaver Völkl

Stv. Geschäftsführer (LV-VCI):

Dr. rer. nat. Josef L. Geller

Referenten (VBCI):

Assessorin Christiane Hönig-Achhammer

Assessor Holger Kaiser

Assessor Stefan Mößner

Robert Schuder